

Erschienen in: *Stimme. Zeitschrift der Initiative Minderheiten, Schwerpunktheft „Gedenken. 80 Jahre ‚Anschluss‘ und Pogrome, Nr. 106, Frühling 2018, S. 8-9.*

Peter Pirker

Zweierlei Opfer

Keine Diskussion über den Umgang Österreichs mit dem Nationalsozialismus kommt ohne die Opferthese aus. Sie besagt, dass Österreich und die Österreicher Opfer Nazi-Deutschlands waren. Vor 30 Jahren wurde sie im Zuge der Waldheim-Affäre als Mythos und Lebenslüge entlarvt. Eine genaue Analyse der Erinnerungskultur kann jedoch zeigen, dass die Opferthese kaum Eingang in die Erinnerungskultur gefunden hat. Dominant war das Gedenken an die *Aufopferung*, sei es jene von WiderstandskämpferInnen, sei es jene der Wehrmachtssoldaten. Erst in den vergangenen 15 Jahren holten Erinnerungsinitiativen die Opfer des Nationalsozialismus in den öffentlichen Raum.

Die Diskussionen um die Opferthese leiden an einem undifferenzierten Opferbegriff. Selten wird jene Unterscheidung getroffen, die im englischen Gang und Gäbe ist: zwischen einem passiven "zum Opfer fallen" (to fall victim) und einem aktiven "aufopfern" (to sacrifice). Bereits in der Moskauer Deklaration der Alliierten über die Wiederrichtung Österreichs vom November 1943 sind beide Bedeutungen enthalten. Primär wurde Österreich als erstes freies Land bezeichnet, das Hitler zum Opfer gefallen war, befreit und wiedererrichtet werden sollte. Außerdem wurde Österreich daran erinnert, "für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands" eine Verantwortung zu tragen und aufgefordert einen Beitrag zur Befreiung zu leisten, also Opfer zu erbringen.

In der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 nahmen die drei Staatsgründungsparteien ÖVP, SPÖ und KPÖ den Eingangspassus der Moskauer Deklaration auf und legten sie auf die Bevölkerung um. Dringlichstes Anliegen der drei Parteien war es, die "Teilnahme am Krieg" als erzwungen darzustellen, die österreichischen Wehrmachtssoldaten als passive Opfer, gewissermaßen als Kriegsklaven der Deutschen, darzustellen. Zugleich wurde aber auch der Widerstand nicht betont, sondern vielmehr um Nachsicht gebeten, dass der eigene Beitrag zur Befreiung (die Aufopferung) nur gering ausfallen konnte.

Die Unabhängigkeitserklärung ist jenes Dokument, in dem die österreichische Opferthese in reinsten Form enthalten ist. Ihr außenpolitischer Zweck war es, den Willen zur radikalen Abgrenzung und Lossage von Deutschland auszudrücken. Mit dieser negativen Abgrenzung entsprach die provisorische Regierung jenem Paradigmenwechsel, den die Alliierten gegenüber 1938, als sie den "Anschluss" de facto anerkannten, vollzogen hatten. Aber erlangte die Opferthese auch eine gesellschaftliche Bedeutung?

Eine Möglichkeit diese Frage zu beantworten ist die Analyse von Erinnerungszeichen im öffentlichen und teilöffentlichen Raum. Wir haben 1.650 Erinnerungszeichen untersucht, die zwischen 1945 und 2015 in Wien errichtet wurden. Nimmt man den "Anschluss" als den zentralen historischen Bezugspunkt der Opferthese ist das Ergebnis eindeutig: Die Machtübernahme der Nationalsozialisten im März 1938 ist kein im öffentlichen Raum häufig erinnertes Ereignis der österreichischen Geschichte. In einer Klassifikation von insgesamt neun NS-Themen macht das Thema "Anschluss" nur 3,3 % aus – in den ersten zehn Nachkriegsjahren thematisierten nur zwei von 135 Erinnerungszeichen den März 1938.

Warum? Zu erklären ist dies nicht nur mit dem Widerspruch zwischen Opferthese und den bekannten Jubelbildern zum "Anschluss", sondern ganz generell mit den vorherrschenden Strukturen öffentlichen Erinnerns von Nationalstaaten. Mitte des 20. Jahrhunderts war mit dem negativen Opfer

keine Nation zu machen. Benedikt Anderson und Ernest Renan haben darauf hingewiesen: Das sinnvolle Sterben für die Nation (oder auch für die Klasse, die Kommune etc.) wurde seit dem 19. Jahrhundert als erinnerungswürdig und traditionsbildend erachtet. Es verwundert deshalb auch nicht, dass sich gegen die universelle Viktimisierung, wie sie in der Unabhängigkeitserklärung formuliert wurde und wie sie 1945/46 in Politikerreden noch zu finden ist, sowohl die Minderheit der WiderstandskämpferInnen als auch die Mehrheit der Wehrmachtssoldaten auflehnten. Niemand aus diesen beiden Segmenten wollte ein wehrloses Opfer gewesen sein, alle wollten für etwas, wenn auch Unterschiedliches, gelitten haben. Stärke, Entschlossenheit, Mut, Kampf bis zur Selbstaufgabe: Das wurde zunächst auf den Denkmälern des Widerstandes (für die Freiheit, für Österreich), dann auf jenen der Pflichterfüllung in der Wehrmacht (für die Heimat, für das Vaterland) erinnert – in ausgeprägter Konkurrenz zu einander, aber doch im selben semantischen Rahmen des für den Staat bewusst hingeebenen Lebens. Entsprechend hat der Staat die Opferthese zwar vertreten, aber nicht memorialisiert.

Häufig wurde das Soldatengedenken als populäres Gegengedächtnis zur staatsoffiziellen Opferthese bezeichnet. Das stimmt nur bedingt. Denn mit der Souveränität im Jahr 1955 kam es zu einer partiellen Abwendung des Staates von der Opferthese. Mit der Wiederaufstellung des Bundesheeres vollzog die Bundesregierung (angezogen von der ÖVP) auf der nationalen Ebene, was auf lokaler und gesellschaftlicher Ebene schon längst im Gange war: die positive Anerkennung der Pflichterfüllung der Wehrmachtssoldaten. Als zentrales Symbol dafür kann die Wiedereröffnung des Heldendenkmals als staatlicher Gedenkort im November 1955 gelten. Unter dem Austrofaschismus errichtet, von den Nationalsozialisten genutzt und den Veteranenverbänden weiterverwendet, erhob ÖVP-Verteidigungsminister Ferdinand Graf die Pflichterfüllung an diesem Ort zum Angelpunkt soldatischer Ehre, die auch für den Dienst in der Wehrmacht galt.

Als sich Protest von Widerstandskämpfern regte, wurde 1959 bzw. 1965 auch das Sterben für die Freiheit Österreichs in den KZ und Gefängnissen der Nationalsozialisten in das Heldendenkmal integriert. Die beiden Varianten der Aufopferung bildeten die Säulen einer nationalen, von oben befriedeten Erinnerungskultur. Bekanntlich wurde dieser Ort, der vom Verteidigungsministerium fälschlicherweise auch als "Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus" bezeichnet wird, erst vor wenigen Jahren seiner faschistischen und nationalsozialistischen Elemente entledigt, nachdem unter anderem der heutige Vizekanzler im Verein mit deutschnationalen Burschenschaftlern dort den 8. Mai als Tag der Trauer begangen hatte. Man wird sehen, wie der 8. Mai am Heldenplatz heuer inszeniert wird.

Opfer waren bis in die 1980er Jahre aus der nationalen Erinnerungskultur, insbesondere im öffentlichen Raum, exkludiert. Für jene, die von den Nazis aus antisemitischen, rassistischen, anderen als österreich-nationalen, homophoben Gründen politisch verfolgt worden sind, gab es kaum Gedenkzeichen. Ihre Ermordung, die einzig und allein auf die Motive der Täter zurückging, zu erinnern, war – wie in anderen europäischen Staaten auch – für den Aufbau einer positiven nationalen Identität nicht zu gebrauchen. Diese Erinnerungsarchitektur wurde erst in den 1980er Jahren angefochten, als Angehörige der Opfer und Überlebende nach dem Schicksal der Opfer und damit automatisch nach den Motiven der Täter zu fragen begannen.

Doch auch in der neuen Erinnerungskultur, die sich den vergessenen Opfern widmete, fand der "Anschluss" wenig Beachtung. Abgesehen vom "Mahnmal gegen Krieg und Faschismus" war das Opfergedenken zum Jahr 1938 auf die Novemberpogrome gerichtet. Das zeichnete sich bereits 1988 ab, dem Jahr mit den meisten Erinnerungszeichen seit 1949: Erstmals errichtete die Stadt Wien systematisch Gedenktafeln an Orten, wo die Nationalsozialisten Synagogen zerstört hatten.

In den 1990er Jahren wurde von den USA und auch der europäischen Ebene her die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und der Diskriminierung der "vergessenen" Opfer zu einem politischen Postulat, das auf staatlicher Ebene bald in Bekenntnisse von Mitverantwortung und Mitschuld mündete. Anfang der 2000er Jahre hat die ÖVP dies mitgemacht, ohne an der nationalen Architektur der Aufopferung viel zu ändern. Seit die FPÖ auf die Regierung schielte, strebte auch sie danach jene Mitverantwortungsformeln so leicht loszuwerden, die ihr bislang niemand abgenommen hat. Gegen solche Verrenkungen der Vergangenheitsbewältigung hat sich in den vergangenen Jahren ein kleinteiliges Erinnern an die Verfolgten und den Widerstand entwickelt, das wiewohl vom Staat gefördert und manchmal politisch in Anspruch genommen, eine gewisse Resilienz aufweist: Vor einzelnen klingen alle Formeln hohl.